

Die wichtigsten Passagen aus der Rede von LVB-Präsident Roger von Wartburg anlässlich der ABP-Protestkundgebung vom 8. November 2017

«Dieser Saal ist gefüllt mit Menschen, die im Dienste dieses Kantons und seiner Bevölkerung stehen.

Diese Menschen hier drin sorgen für unsere Sicherheit. Diese Menschen halten die Infrastruktur instand.

Diese Menschen putzen den Dreck weg, den andere hinterlassen.

Diese Menschen kümmern sich um die Bildung, die Ausbildung und das Wohlergehen der Kinder, Jugendlichen und Bedürftigen in unserem Kanton.

Diese Menschen sorgen dafür, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner nach gleichen Massstäben behandelt werden, wenn sie mit dem Staat in Kontakt kommen.

Diese Menschen ermitteln und sprechen Recht.

Diese Menschen sorgen für den korrekten Vollzug aller politischen Vorgaben und Abläufe.

Und diese Menschen leisten noch vieles mehr.

Kurzum: Diese Menschen machen es möglich, dass dieser Kanton funktioniert!

Und im Namen all dieser hier anwesenden Staatsangestellten sage ich an dieser Stelle laut und deutlich: Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug! Wir sind es leid, seit 15 Jahren nur noch Verschlechterungen unserer Anstellungsbedingungen hinnehmen zu müssen und dass jedem Tiefschlag sogleich der nächste folgt!

Wir sind es leid, dass man uns innerhalb weniger Jahre Rentenkürzungen von bis zu 30% zumuten will, aber im politischen Diskurs gleichzeitig noch immer das Lied von der angeblichen Luxus-Pensionskasse gesungen wird!

Wir sind es leid, dass man uns die Löhne pauschal kürzt, dafür nicht einmal eine dreimonatige Frist einhalten muss und uns dann noch zu verstehen gibt, wegen 1% brauche man sich doch nicht so aufzuregen!

Wir sind es leid, dass man uns seit vielen Jahren den aufgelaufenen Rückstand auf die Teuerung mit einer unerträglichen Selbstverständlichkeit vorenthält und so tut, als wäre das in etwa das Gleiche, wie wenn ein Banker auf seine Boni verzichten muss!

Wir sind es leid, dass «Sozialpartnerschaft» in Baselland zunehmend heisst, als Arbeitnehmervertretung einfach

zur Kenntnis nehmen zu dürfen, was der Arbeitgeber tun will. Echte sozialpartnerschaftliche Verhandlungen (im Sinne des Wortes!) sind in Baselland akut vom Aussterben bedroht!

Wir sind es leid, in Abstimmungskämpfen – letztmals vor der Abstimmung über das Kündigungsrecht im September – immer wieder als ineffiziente, überbezahlte Minderleister dargestellt zu werden! Darum noch einmal in aller Deutlichkeit: Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug!

Was ganz wichtig ist: Wir müssen uns bewusst werden, dass wir, wenn wir uns geschickt aufstellen und erfolgreich mobilisieren, auch eine politische Kraft sind! Die ABP vereint über 5000 Mitglieder, welche zusammen mit ihren Angehörigen bei Abstimmungen sehr viel bewirken können. Nirgends hat man das besser gesehen als am 24. September, als die ABP mit ihrer Kampagne im Alleingang die Kündigungsschutz-Initiative der Liga der Baselbieter Steuerzahler gebodigt hat. Das war ein klares Signal, ja sogar ein Fanal!

Wir können etwas erreichen, wenn wir uns organisieren, wenn wir uns engagieren, wenn wir uns gemeinsam wehren! Wir müssen nicht alles, was an Vorlagen und abstrusen Ideen daherkommt, einfach hinnehmen und schlucken!

Was es unbedingt braucht: Wir müssen die Reihen schliessen, wir müssen die Indifferenten und Apolitischen aufrütteln und mitnehmen! Und wir müssen den Kopf hochnehmen und selbstbewusst auftreten. Nicht selbstherrlich und nicht überheblich, aber selbstbewusst! Denn wer mit gesenktem Haupt durchs Leben geht, dem kann man nicht auf Augenhöhe begegnen.

«Wir sind das Staatspersonal!» steht auf den T-Shirts, die wir jeweils donnerstags auf der Tribüne des Landratssaals beim stillen Protest tragen. Das ist eine Aussage:

Wir sind jemand!
Wir können etwas!
Unsere Arbeit ist wichtig!
Wir sind die Garanten für ein funktionierendes
Baselbieter Gemeinwesen!
Ohne uns kann dieser Kanton nicht bestehen!
Wir sind nicht verzichtbar!

Vielleicht ist das die wichtigste Botschaft, die wir gemeinsam heute Abend aussenden: Dass das Baselbieter Staatspersonal gewillt ist, die politische Auseinandersetzung anzunehmen! Und dass niemand in diesem Kanton das Recht hat, uns als Fussabtreter zu benutzen! Wir verdienen Respekt und Wertschätzung für unsere Leistungen zugunsten des Kantons und seiner Bevölkerung!»

